

<b>Beschlussvorlage</b>	Vorlage Nr.:	<b>X/1207</b>
	Verantwortlich:	<b>Uwe Beck</b>
	Geschäftszeichen:	<b>20</b>

**Antrag der Fraktion SPD/Freie Wähler: Zusatzkostenermittlung für eine Photovoltaikanlage auf dem Gelände der ehemaligen Radarstation**

Beratungsfolge			
Gremium	Termin	Öff.-Status	Ergebnis
Gemeinderat	26.10.2022	öffentlich	Entscheidung

## Beschlussantrag

Der Gemeinderat bewilligt die Ausschreibung zur Einholung eines Angebots, um eine Abschätzung der Zusatzkosten für die Ausgleichsmaßnahmen bei Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem Gelände der Radarstation im hinteren Teil zu ermitteln.

Finanzielle Auswirkungen	x	Nein	Ja	Höhe:
Haushaltsmittel stehen bereit		Nein	Ja	
Überplanmäßige/Außerplanmäßige Mittel erforderlich		Nein	Ja	
Folgekosten		Nein	Ja	

Ergänzende Erläuterungen zu den finanziellen Auswirkungen

## Sachverhalt und Erläuterungen:

Mit Mail vom 04. Oktober 2022 stellt die Fraktion SPD/Freie Wähler folgenden Antrag:

„Der Gemeinderat bewilligt die Ausschreibung zur Einholung eines Angebots, um eine Abschätzung der Zusatzkosten für die Ausgleichsmaßnahmen bei Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem Gelände der Radarstation im hinteren Teil zu ermitteln.“

Auf die beiliegende Begründung des Antrags wird verwiesen.

Nach einer bereits vor mehreren Jahren erfolgten Prüfung durch die Verwaltung, bedarf die Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem Gelände der ehemaligen Radarstation eines Bebauungsplans, im Zuge dessen auch Ausgleichs- und Vermeidungsmaßnahmen in derzeit unbekanntem Umfang eine Rolle spielen könnten.

Mit dem Ziel, eine abschließende Entscheidung über die Errichtung einer Photovoltaikanlage zu treffen, möchte die Fraktion SPD/Freie Wähler zunächst die Zusatzkosten in Erfahrung bringen, welche die Wirtschaftlichkeitsfrage beeinflussen können.

Da auch die Ermittlung der Zusatzkosten einen Kostenaufwand verursacht, geht es der Fraktion in einem ersten Schritt darum, den Ermittlungsaufwand zu kennen, um auf dieser Grundlage

- a) eine weitere Entscheidung zur Durchführung der geforderten Kostenermittlung
- b) und falls ja, auf Grundlage der dann bekannten Zusatzkosten, eine abschließende Entscheidung über die Errichtung einer Photovoltaikanlage

herbeizuführen.

Die Verwaltung geht davon aus, dass mit „Zusatzkosten“ nicht nur die Kosten von möglichen Ausgleichs- und Vermeidungsmaßnahmen, sondern sämtliche Kosten gemeint sind, die durch eine Bebauungsplanung entstehen werden, also z.B. auch die Kosten des Bebauungsplans an sich.

Die Fraktion SPD/Freie Wähler wird den Antrag in der Sitzung näher begründen.

**Anlagen:**

Antrag der Fraktion SPD/FW